

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Mitte
am 02.05.2024

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus
Beginn: 17:05 Uhr
Ende: 19:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Suchla Bezirksbürgermeister

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Ackehurst
Frau Brockerhoff
Frau Hennke 1.te stellv. Bezirksbürgermeisterin
Frau Dr. Lentz Fraktionsvorsitzende
Herr Löseke
Frau Waimann

SPD

Herr Bevan
Frau Richter
Frau Rosenbohm Fraktionsvorsitzende

CDU

Frau Heckeroth Fraktionsvorsitzende
Herr Henningsen
Herr Langeworth 2.ter stellv. Bezirksbürgermeister
Frau Meyer

Die Linke

Frau Krüger
Herr Ridder-Wilkens Fraktionsvorsitzende

FDP

Herr Franz

AfD

Herr Kneller

Verwaltung

Herr Lewald
Frau Harmsen
Herr Dr. Lücke
Herr Seipel
Herr Krauß

Amt für Verkehr
Gesundheits-, Veterinär und Lebensmittelüberwachungsamt
Gesundheits-, Veterinär und Lebensmittelüberwachungsamt
Umweltbetrieb
Friedhofs GmbH

Schriftführung

Herr Gabriel

Büro des Oberbürgermeisters und des Rates

Nicht anwesend:

Herr Schwarz (Die Partei)

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Bezirksbürgermeister Suchla begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht zugegangen und die Bezirksvertretung Mitte beschlussfähig ist.

Zur Tagesordnung führt er aus, dass TOP 13 durch eine Mitteilung der Verwaltung ergänzt und unter TOP 16.1 der Sachstand zum aufgeführten Antrag hinzugefügt worden sei.

Frau Rosenbohm stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt 7 von der Tagesordnung abzusetzen und in der nächsten Sitzung wieder auf die Tagesordnung aufzunehmen.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt 7 wird von der Tagesordnung abgesetzt in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Mitte wieder aufgerufen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Mitte

Herr Suchla eröffnet die Einwohnerfragestunde und erläutert, dass das vorgebrachte Anliegen in eine Frage zu kleiden sei. Sofern die Frage nicht durch die Bezirksvertretung beantwortet werden könne, werde eine Antwort aus der Verwaltung erfolgen.

Eine Bürgerin stellt die Frage welche Organisationen sich an das Gremium wenden müssen, damit das von der Verwaltung vorgeschlagene Verfahren mit dem Medikament „Ovistop“ nicht für die Taubenzimierung eingesetzt werde. Als zweites stellt sie die Frage wie es gelöst werde, dass keine Wildvögel das Medikament aufnehmen.

Als nächstes fragt eine Bürgerin, wie es ermöglicht werde potenzielle Nebenwirkungen bei den Tieren zu ermitteln, wenn diese sich an verschiedenen Orten der Stadt aufhalten.

Im Anschluss fragt eine Bürgerin, ob bedacht worden sei, dass sich die Tiere auf das ganze Stadtgebiet verteilen werden.

Weiterhin stellt eine Bürgerin die Frage, warum die bisherige Methode mit dem Taubenschlag zu Gunsten von „Ovistop“ benachteiligt werde.

Als letztes stellt eine Bürgerin die Frage, wie vermieden werden könne, dass das Medikament durch Ausscheidungen oder andere Möglichkeiten in die Umwelt gelange.

Herr Suchla verweist darauf, dass Stellungnahmen an dieser Stelle nicht angebracht seien, sondern nur Fragen gestellt werden dürfen. Die Verwaltung werde versuchen die gestellten Fragen beim Tagesordnungspunkt 8 zu beantworten.

-.-.-

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 37. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 11.04.2024**

Ohne weiter Aussprache fasst die Bezirksvertretung folgenden **Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 37. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 11.04.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Zu Punkt 3.1 **Projekt FrauenOrte NRW**

Herr Suchla verweist auf die im Ratsinformationssystem veröffentlichte Mitteilung.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Zu Punkt 4.1 **Umsetzungsstand Verkehrskonzept Bielefelder Osten (Anfrage der SPD-Fraktion vom 22.04.2024)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7928/2020-2025

Herr Suchla verweist auf die im Ratsinformationssystem veröffentlichte Anfrage und die Antwort der Verwaltung.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.2 **Querung Adenauerplatz/Johannistal (Anfrage der CDU-Fraktion vom 22.04.2024)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7930/2020-2025

Herr Suchla verweist auf die im Ratsinformationssystem veröffentlichte Anfrage und die Antwort der Verwaltung.

Herr Langeworth kritisiert die kurze Antwort der Verwaltung und weist darauf hin, dass bereits seit Oktober ein beschlossener Antrag, zu diesem Thema, der Verwaltung vorliege. Er führt aus, dass das vorliegende Furth von Fußgängern benutzt werde und nicht wie gedacht nur von Radfahrern, da es die kürzeste Verbindung sei.

Es sei kritikwürdig, dass die bisherige Umsetzung des Beschlusses noch nicht stattgefunden habe und nur auf die komplexe Planung hingewiesen werde, welche noch nicht erfolgt sei. Zudem verstehe er nicht, dass in der Antwort von einer Sommerpause in der Verwaltung gesprochen werde.

Im Anschluss führt Herr Kneller aus, dass er nachvollziehen könne, dass das eingerichtete Furth für die Radfahrer auch von den Fußgängern genutzt werde, da es die logischste Art sei den Verkehr an dieser Stelle zu queren. Zudem verstehe er nicht, warum Projekte vom Dezernenten Herrn Adamski sofort umgesetzt würden und Beschlüsse der Bezirksvertretung nicht.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.3

Fahrradbügel vor dem Ordnungsamt im Ravensberger Park (Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 22.04.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7938/2020-2025

Herr Suchla verweist auf die im Ratsinformationssystem veröffentlichte Anfrage und die Antwort der Verwaltung.

Herr Ridder-Wilkens bedankt sich bei der Verwaltung, dass eine Prüfung zur Anbringung von Fahrradbügeln vor dem Ordnungsamt im Ravensberger Park stattfinden werde.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.4

Einrichtung von temporären Schulstraßen (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.04.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7822/2020-2025

Herr Suchla verweist auf die im Ratsinformationssystem veröffentlichte Anfrage und die Antwort der Verwaltung.

Frau Brockerhoff bittet darum, dass Schulen, die sich bereits zu dem Thema Schulstraßen geäußert hätten, in der Prüfung vorgezogen würden.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Sachstandsbericht Bahnhofsumfeld (Antrag der SPD-Fraktion vom 22.04.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7935/2020-2025

Frau Rosenbohm begründet den vorliegenden Antrag.

Die Aufmerksamkeit in diesem Bereich solle nicht nur den alkoholkranken Menschen zukommen, sondern auch die stark zunehmende Drogenszene solle betrachtet werden, ergänzt Herr Kneller.

Im Anschluss verweist Frau Dr. Lenz darauf, dass über die im Antrag vorliegende Situation bereits in der Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderung- und Beteiligungsausschusses beraten worden sei und es vor der Sommerpause einen Sachstandsbericht zur Situation an der „Tüte“ geben werde.

Beschluss:

Die BV Mitte bittet darum, in der Sitzung am 13.06.2024 einen Sachstandsbericht zu sozialen Belangen im Bereich der „Tüte“ und des Ostmanturmviertels im Rahmen der Umsetzung der Machbarkeitsstudie zum Bahnhofsumfeld zu bekommen. Dabei sollen auch kurzfristige bauliche Maßnahmen dargestellt werden, die zu einer Verbesserung rund um die Stadtbahnzugänge sowie die Stadthalle und das Parkhaus führen.

Dabei soll in diesem Zusammenhang ebenfalls über die Fortschritte im Bereich der Erweiterung der Bahnmissionsmission und der Umgestaltung der Anlaufstelle für alkoholkranken Menschen in der Kavalleriestrasse berichtet werden, die in enger Beziehung zu den Maßnahmen in den oben angeführten Bereichen stehen.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.2 Verkehrssicherheit beim Kirschblütenfest (Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 22.04.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7940/2020-2025

Herr Ridder-Wilkens stellt folgenden Änderungsantrag zum vorliegenden Antrag, der entsprechend zur Abstimmung gestellt wird.:

Beschluss:

„Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie bei der nächsten Kirschblüte Auf dem langen Kampe, zwischen Lohbreite und Ziegelstraße, die Verkehrssicherheit für Besucher und Bewohner erhöht werden kann. Dabei sind die Freie Scholle, Bielefeld Marketing, Werbebegegnung 5. Kanton und die Bewohner mit einzubeziehen.“

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.3 Öffnungszeitenausweitung RadHaus & Sachstandsbericht (Antrag der SPD-Fraktion vom 23.04.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7947/2020-2025

Frau Rosenbohm begründet den vorliegenden Antrag.

Ohne weitere Aussprache fasst die Bezirksvertretung Mitte folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, einen Sachstandsbericht zum sogenannten RadHaus, dem Fahrradparkhaus am Niederwall, zu geben. Ferner wird gebeten zu prüfen, unter welchen Rahmenbedingungen eine Ausweitung der Öffnungszeiten an Werktagen (bisher 07:00-19:00 Uhr) sowie auf das Wochenende - insbesondere am Samstag sowie an verkaufsoffenen Sonntag oder Stadtfesten - ermöglicht werden kann. Bestenfalls kann im Rahmen des Leinewerbermarktes ein Testlauf erfolgen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW

Zu Punkt 6.1 Fahrbahnschwellen auf der Ravensberger Straße (Bürgereingabe vom 26.02.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7920/2020-2025

Herr Suchla verweist auf die veröffentlichte Stellungnahme der Verwaltung im Ratsinformationssystem.

Die Bezirksvertretung Mitte lehnt die Bürgereingabe mit großer Mehrheit ab.

Von der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellen Herr Ridder-Wilkens und Frau Waimann folgenden Antrag, über den die Bezirksvertretung wie folgt beschließt:

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten eine mobile Verkehrskontrolle in dem Bereich zu installieren und die Sichtbarkeit der Geschwindigkeitsbegrenzung mit geeigneten Maßnahmen zu erhöhen. Zum Beispiel mit weiteren Schildern oder Fahrbahnmarkierungen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6.2 Neugestaltung des Ostmarktes (Bürgereingabe vom 15.04.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7919/2020-2025

Frau Kaiser vom Verein „Lebendiger Ostmarkt e.V.“ begründet die Eingabe mündlich.

Herr Suchla verliest den gemeinsamen Vorschlag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen und DIE LINKE zur Änderung der Bürgereingabe.

Im Anschluss bedankt sich Frau Henke bei den Anwesenden und der Verwaltung für die bisher geleistete Arbeit rund um den Ostmarkt.

Herr Langeworth stimmt ihr zu und merkt an, dass besonders darauf zu achten sei, dass das Marktgeschehen bei der Veränderung des Ostmarktes nicht zu kurz komme.

Ergänzend fügt Herr Kneller hinzu, dass er es für problematisch erachte, wenn Parkplätze für die Anwohnenden und die Durchfahrtmöglichkeiten für PKWs wegfielen.

Frau Rosenbohm weist darauf hin, dass alle Fraktionen die Maßnahmen zum Ostmarkt unterstützen und als wünschenswert ansehen.

Unter Einbeziehung des vorangegangenen Vorschlages fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Mitte begrüßt den Antrag des Vereins „Lebendiger Ostmarkt e.V.“ und bittet die Verwaltung die konkreten Maßnahmen unter Punkt 2 auf Umsetzbarkeit und Finanzierung zu prüfen und der Bezirksvertretung Mitte zeitnah zur Beratung vorzulegen. Insbesondere soll geprüft werden welche Maßnahmen unter Punkt 2 zeitnah umgesetzt werden können. Solange die neuen Quartiersgaragen im Umfeld des Ehlenruper Wegs noch nicht realisiert sind, muss der bestehende Parkdruck berücksichtigt werden.
2. Um Veränderungen für das Quartier schnell spürbar und sichtbar zu machen, beschließt die BV die folgenden kurzfristigen Maßnahmen:
 - 2.1 Schutz der Bäume und Pflanzen durch geeignete Metallbügel
 - 2.2 Aufstellen von Fahrradbügeln
 - 2.3 Aufstellen von Sitzgelegenheiten (Tische und Bänke)
 - 2.4 Aufstellen eines Wasserspenders
 - 2.5 Weitere Begrünung der Fläche
 - 2.6 Spielmöglichkeiten für Kinder
 - 2.7 Bereitstellung öffentlicher barrierefreier Toiletten
 - 2.8 Errichtung eines Brunnens
3. Des Weiteren bittet die Bezirksvertretung Mitte die Verwaltung zu prüfen, wie für eine Neugestaltung des Ostmarkts entsprechende Fördermittel beantragt werden können.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6.3 Umbenennung des "Schwarzen Weges" in "Elfriede-Eilers-Weg" (Bürgereingabe vom 18.04.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7922/2020-2025

Herr Suchla bringt zum Ausdruck, dass die Bezirksvertretung die Eingabe für eine sehr gute Idee halte. Ohne weitere Aussprache fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt den unbenannten öffentlichen Weg zwischen Arnoldstraße und Beckhausstraße in Elfriede-Eilers-Weg zu benennen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Entwurf Vierter Lärmaktionsplan

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7831/2020-2025

Dieser Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt (siehe TOP „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

-.-.-

Zu Punkt 8

Konzept zur Stadttaubenregulierung, 2. Lesung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6425/2020-2025

Frau Harmsen und Herr Dr. Lücke stellen die Vorlage inhaltlich vor. Zudem teilt er der Bezirksvertretung und den Anwesenden mit, wie die Idee entstanden sei, sich für die Lösung mit dem Medikament „Ovistop“ zu entscheiden. Er führt aus, dass das Medikament zwar nicht in Deutschland aber in der EU zugelassen sei und laut dem Beipackzettel keine Nebenwirkungen vorhanden seien. Eine rechtliche Barriere für den Einsatz des Medikamentes sei somit nicht gegeben.

Nebenwirkungen könnten aber nicht gänzlich ausgeschlossen werden, auch wenn sie nicht ausgewiesen seien. Von anderen Kommunen, in denen das Mittel zurzeit eingesetzt werde, seien bisher keine negativen Meldungen über Erkrankungen der Tiere bekannt.

Eine allgemein anerkannte Alternative zur Medikation sei der Taubenschlag, diese Methode sei aber, wie bereits aus anderen Kommunen bekannt, nicht effektiv genug, um die Taubenpopulation genügend zu reduzieren. Als Beispiel führt er die Stadt Augsburg an, welche mitteilt, dass bei 300.000 Einwohnern mindestens 18 Taubenschläge von Nöten seien, um der vorhandenen Taubenpopulation Herr zu werden. Seiner Meinung nach sei die Lösung mit einem oder mehr Taubenschlägen keine Alternative. Anschließend führt Herr Dr. Lücke an, dass das Landesamt den Einsatz des Medikamentes geprüft habe und keine rechtlichen Bedenken bestünden.

Frau Heckerath teilt mit, dass die derzeitige Situation mit der Einführung eines Taubenschlags, nicht zufriedenstellend gelöst sei. Die CDU-Fraktion werde nun der Alternative in der Vorlage zustimmen, aber sie wünsch sich, dass die anfallenden Kosten möglichst geringgehalten werden.

Auf Nachfrage von Herrn Kneller, ob der Wirkstoff schädigend für andere Vogelarten sei und wie die genaue Wirkung des Medikaments sei, antwortet Herr Dr. Lücke, dass nach Aufnahme des Medikaments die Bildung eines befruchtungsfähigen Eies im Taubenkörper verhindert werde. Zudem seien die Ausscheidungen der Tauben nicht medikamentös und somit nicht giftig für andere Vogelarten. Er gehe davon aus, dass bei Anwendung des „Ovistop“ im Bestfall eine Minimierung der Taubenpopulation von ca. 20 % nach fünf Jahren zu erwarten sei.

Herr Ridder-Wilkens teilt mit, dass seine Fraktion die Verwaltungsvorlage ablehnen werde. Dies begründet er damit, dass das Medikament in Deutschland nicht zugelassen sei. Ferner habe die Verwaltung nicht den

Nachweis erbracht, dass sich die Taubenpopulation trotz des Taubenschlags erhöht habe. Als nächstes weist er darauf hin, dass seit längerer Zeit bekannt sei, dass ein zweiter Taubenschlag benötigt werde. Zudem sei der Einsatz von Taubenschlägen weitaus biologischer als der Einsatz eines Medikaments. Sein letztes Argument gegen die Vorlage sei, dass die zu erwarteten Kosten weit überschritten würden. Deshalb beantrage die Fraktion DIE LINKE die 3. Lesung der Vorlage.

Ferner stellt er für die kommende Sitzung folgende zu beantwortenden Fragen an die Verwaltung:

1. Benötigt das angestrebte Fütterungsverbot einen Satzungsbeschluss?
2. Wie soll das Fütterungsverbot umgesetzt und überwacht werden?
3. Wie hoch werden die angestrebten Bußgelder sein, bei einem Verstoß gegen das Fütterungsverbot?
4. Sind die Einzelhändler bereit sich an den Kosten des Projektes zu beteiligen?
5. Wurde bedacht, dass sich bei einem Fütterungsverbot die Tauben auf die ganze Stadt verteilen werden?

Im Anschluss spricht sich Frau Rosenbohm gegen eine weitere Lesung aus und stellt folgenden Ergänzungsantrag:

„Nach 3 Jahren stellt die Verwaltung der Bezirksvertretung Mitte einen ausführlichen Bericht, samt Dokumentation, zum Sachstand vor.“

Herr Franz teilt mit, dass er die Vorlage ablehnen werde.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt ebenfalls eine 3. Lesung der Vorlage, ansonsten werde sie sich bei der Abstimmung enthalten.

Auf die Frage von Herrn Ridder-Wilkens, ob bei der Beteiligung von Frau Dr. Adam kein Interessenskonflikt entstehe, antwortet Herr Dr. Lücke, dass die Stadt Bielefeld auf Frau Dr. Adam zugegangen sei und nicht umgekehrt. Zudem sei in der Kalkulation der Kosten enthalten, dass Frau Dr. Adam das Medikament vor Ort in Bielefeld verabreichen werde. Ferner sei Frau Dr. Adam zurzeit als eine der wenigen Fachpersonen im Bereich „Ovistop“ anzusehen.

Weiterhin fügt er hinzu, dass bisher in anderen Kommunen keine konkreten Erhebungen stattgefunden hätten, in welcher Größenordnung durch die Verwendung von Taubenschlägen, die Zahl der Population sich verringert habe. Er gehe davon aus, dass durch das Fütterungsverbot, zusätzlich eine Verringerung der Population entstehen werde.

Herr Suchla lässt über den Antrag auf 3. Lesung abstimmen.

Der Antrag auf 3. Lesung wird mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss über den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion:

Nach 3 Jahren stellt die Verwaltung der Bezirksvertretung Mitte einen ausführlichen Bericht, samt Dokumentation, zum Sachstand vor.

- bei einer Enthaltung mit Mehrheit beschlossen -

Unter Berücksichtigung der beschlossenen Ergänzung fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

- a) Dem Konzept zur Stadtaubenregulierung wird zugestimmt.
- b) Es wird zugestimmt, dass die Sach- und Personalaufwendungen von max. 75.000 € zur Verschlechterung des Jahresergebnisses 2025 führen (vorbehaltlich des Haushalts- und Stellenplanverfahrens 2025/2026).
- c) Nach 3 Jahren stellt die Verwaltung der Bezirksvertretung Mitte einen ausführlichen Bericht, samt Dokumentation, zum Sachstand vor.

- mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8.1

Fragen der Fraktion DIE LINKE zur Vorlage "Konzept zur Stadtaubenregulierung" (vom 30.04.2024)

Herr Suchla verweist auf die im Ratsinformationssystem veröffentlichten Fragen und die Antwort der Verwaltung.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9

„Stadtteilzentren als lernende Räume“ – Analyse und Bewertung der 20 Stadtteilzentren

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7832/2020-2025

Ohne weiter Aussprache fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Mitte nimmt die als Anlage beigefügte Analyse zu den 20 Stadtteilzentren als Grundlage für die weitere Erarbeitung von Empfehlungen zur Kenntnis.
2. Die Bezirksvertretung Mitte nimmt zur Kenntnis und empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss die Erarbeitung von Vertiefungskonzepten für die Stadtteilzentren Jöllenberg, Hillegossen und Ummeln zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10 Neubau von Kolumbarien auf dem Alten Friedhof am Jahnplatz

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7751/2020-2025

Frau Heckeroth begrüßt die Vorlage der Verwaltung und bittet darum, dass darauf geachtet werde, dass keine Räume entstünden, an denen eventuell Drogen versteckt oder konsumiert werden könnten.

Zudem würde sie die Verwaltung darum bitten, dass die kommenden Änderungen nicht nur für die Besucherinnen und Besucher optisch ansprechend gestaltet würden, sondern auch für die direkt Anwohnenden. Sie schlägt vor, dass die Verwaltung Gespräche mit den direkten Nachbarn aufnehmen solle.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

- 1. Der Ratsbeschluss vom 10.03.2016 über den Verzicht des Baus weiterer Kolumbarien auf dem Alten Friedhof wird hiermit aufgehoben.**
- 2. Dem Neubau von Kolumbarien mit 456 zusätzlichen Grabstätten an der östlichen Grenze des Alten Friedhofs am Jahnplatz wird zugestimmt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11 Festlegung des Fernbusbahnhofstandortes

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7534/2020-2025

Die CDU-Fraktion beantragt eine 1. Lesung der Vorlage.

Die Bezirksvertretung Mitte stimmt dem Antrag zu.

- 1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 12 Festlegung des Ausbaustandards für die Straße L 778 "Am Stadtholz" im Bereich der Gebäude Hausnummern 37/38

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7756/2020-2025

Ohne weitere Aussprache fasst die Bezirksvertretung Mitte folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss zu beschließen:

Dem Bau einer Linksabbiegespur von der Straße Am Stadtholz in die Zufahrt zu Haus Nr. 37 (aktuell: Seidensticker Outlet) entsprechend der vorgelegten Planung (Anlage 1) wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13

City-Logistik-Depot Nahariyastraße

Herr Suchla verweist auf die im Ratsinformationssystem veröffentlichte Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Langeworth führt an, dass zwei Aspekte bei diesem Thema besprochen werden sollten.

Zum einen werde das vorhandene Projekt offiziell als Erfolg dargestellt, die Realität stimme aber nicht mit den ehemals geplanten Maßnahmen überein. Es sei lediglich ein Direktvermarkter und ein Paketdienst vorhanden und nicht mehr. Dies decke sich nicht mit den Planungen.

Zum anderen seien durch die City-Logistik acht Stellplätze samt den zugehörigen Einnahmen aus zwei Jahren weggefallen. Zusätzlich sei der Standort auch optisch nicht gelungen.

Des Weiteren bemängelt er, dass der Standort von der Verwaltung festgelegt worden sei, ohne eine vorherige Aussprache in der Bezirksvertretung Mitte. Die CDU-Fraktion erwarte, dass die Verwaltung die Bezirksvertretung über weitere Maßnahmen in diesem Zusammenhang frühzeitig informiere.

Herr Lewald teilt mit, dass die Verwaltung in Zukunft die Bezirksvertretung Mitte rechtzeitig informieren werde. Außerdem verhalte es sich so, dass die Dienstleister ihre eigenen Logos auf den Containern haben möchten, deshalb sei ein einheitliches Design nicht möglich. Aufgrund der notwendigen Anforderungen habe sich die Standortwahl als schwierig erwiesen.

Auf Nachfrage von Frau Henneke bezüglich der angefallenen Kosten antwortet Herr Lewald, dass die meisten Kosten in der Planungsphase, bei der Entwicklung des Konzeptes und der Kontaktaufnahme mit den Dienstleistern entstanden seien. Der städtische Anteil an den Kosten in Höhe von ca. 51.000.- € setze sich aus von der Förderung nicht gedeckten Beträgen zusammen. Er werde die Zahlen der Bezirksvertretung nachreichen.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 14

Bericht der Verwaltung zur Baustellensituation 2024 und Folgejahre in Mitte

Herr Lewald teilt der Bezirksvertretung mit, dass er keine Antworten zum vorliegenden Thema mitteilen könne. Ein ähnlicher Antrag sei bereits in der letzten Sitzung des Stadtrates eingebracht worden. Dieser werde in der nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses beantwortet. Es mache keinen Sinn jetzt Teile dieser Antwort der Bezirksvertretung mitzuteilen.

Frau Heckeroth bemängelt, dass dieses Jahr noch keine Informationen zu den Bielefelder Baustellen mitgeteilt wurden. Bisher sei es üblich gewesen, dass zu Beginn jedes Jahres eine detaillierte Aufstellung der einzelnen Baumaßnahmen samt grafischer Darstellungen den Fraktionen zur Verfügung gestellt worden seien.

Herr Ridder-Wilkens stimmt Frau Heckeroth zu und fügt hinzu, dass bisherige Anregungen seitens der Bezirksvertretung nicht konsequent von der Verwaltung umgesetzt worden seien.

Herr Lewald sichert der Bezirksvertretung zu, dass es wieder eine Vorlage zu diesem Thema geben werde. Weiterhin verweist er darauf, dass mitbedacht werden solle, dass in den letzten Jahren viele Maßnahmen zu den bereits bestehenden hinzugekommen seien und die Aufgabenfelder sich dadurch vergrößert hätten. Die Verwaltung werde versuchen, der Bezirksvertretung zum Beginn des Jahres eine Übersicht der Bielefelder Baustellen zur Verfügung zu stellen.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 15 Bezirkliche Sondermittel

Zu Punkt 15.1 Bezuschussung zum 35. Stadtteilfest am 04.05.2024 auf dem Schulhof der Volkeningschule

Ohne weitere Aussprache fasst die Bezirksvertretung Mitte folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte beschließt den Förderverein der Volkeningschule e.V. für das 35. Stadtteilfest am 04.05.2024 mit einer Summe in Höhe von 500.- € zu unterstützen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 16 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 16.1 Stellungnahme der Verwaltung zur Fortführung des Quartiersbüros in der Lehmstichsiedlung (Antrag der SPD-Fraktion 7595/2020-2025)

Herr Suchla verweist auf die im Ratsinformationssystem veröffentlichte Stellungnahme der Verwaltung.

Frau Rosenbohm bedankt sich bei der Verwaltung für die Bemühungen, die Arbeit fortzuführen.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 16.2 Sachstand zur "Bürgereingabe zur Änderung des Geh- / Radweges im Bereich Stapenhorststraße" (Bürgereingabe vom 31.08.2023)

Herr Suchla verweist auf die im Ratsinformationssystem veröffentlichte Stellungnahme der Verwaltung.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Herr Suchla stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.